

# HOCHSCHULGESETZ Studiengebühren? Verboten!

*Mi-Bo*  
*CHE*  
*Verab per Fak!*  
*Viele Grüße ho*

VON DETLEF MÜLLER-BÖLING

Studiengebühren? – Das ist verboten! So wollen es jedenfalls die SPD und die Grünen im Bundestag, dem gestern ein entsprechendes Gesetz zur Verabschiedung vorlag. Zum Wohle Deutschlands, versteht sich. Denn wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Studierende, um das Land aus der wirtschaftlichen Krise zu führen, sagen sie. Dass sich die gestalterische Kraft der Regierung darauf beschränkt, etwas zu verbieten, was es zurzeit gar nicht gibt, ist dabei durchaus bemerkenswert. Die Lage ist schlecht, schreiben wir sie doch gesetzlich fest, das hat seine ganz eigene Logik.

Natürlich ist es wünschenswert, dass sich mehr Leute für ein Hochschulstudium entscheiden. Tatsache ist jedoch, dass gerade die chronische Unterfinanzierung der staatlichen Hochschulen dazu führt, dass die Attraktivität des Studiums niedriger ist, als sie es sein sollte. Wer noch mehr junge Menschen durch eine Hochschulausbildung für Berufe der Zukunft qualifizieren will, muss die Hochschulen besser ausstatten, ihre Kapazitäten ausbauen und die Betreuungsverhältnisse verbessern.

Die nötigen Mittel sind aber in Zeiten leerer öffentlicher Kassen ohne zusätzliche private Investitionen nicht aufzubringen. Das heißt: Ein Verbot von Studiengebühren setzt die Chance für einen quantitativen und qualitativen Ausbau unseres Hochschul-

systems leichtsinnig aufs Spiel. Dies zeigt nicht zuletzt der internationale Vergleich: In Ländern, in denen Studiengebühren eingeführt worden sind, zum Beispiel in den Niederlanden und Australien, sind die Studienanfängerzahlen gestiegen. Die Einnahmen aus Studiengebühren wurden dort für einen Ausbau des Hochschulsystems verwandt. Im Ergebnis entscheiden sich größere Anteile der Bevölkerung als im gebührenfreien Deutschland dafür, ein Studium aufzunehmen.

Wenn man dies offen ausspricht, droht als Nächstes die soziale Keule: „Studiengebühren benachteiligen finanziell schlechter gestellte Familien; dann studieren nur noch die Kinder der Reichen“, heißt es. Tatsache ist allerdings, dass private Hochschulen, die Studiengebühren erheben, auch in Deutschland für

Studierende sehr attraktiv sind – auch für solche mit geringerem Elterneinkommen. Die private Universität Witten/Herdecke erhebt Gebühren, dennoch ist dort der Anteil der BaFög-Empfänger unter den Studierenden genauso groß wie an staatlichen, kostenfreien Hochschulen. Dies ist möglich, wenn attraktive Stipendien- und Darlehenssysteme eingerichtet werden. Ohne solche Systeme sind Studiengebühren selbstverständlich nicht zu tolerieren.

Mit Darlehen lässt sich die finanzielle Beteiligung der Studierenden an ihrer Ausbildung mit den späteren individuellen Vorteilen, sprich dem Einkommen, verknüpfen. „Intelligente“ Studiengebühren bedeuten also keineswegs, dass vor oder während des Studiums finanzielle Belastungen auftreten. Und dann ist auch gar nicht mehr entscheidend, wie die Eltern eines Abiturienten dastehen, sondern, wie der Student seine Talente und Möglichkeiten nutzt.

Richtig – solche Systeme sind zurzeit in Deutschland weder erprobt noch eingeführt. Dass man sie aber von vornherein per Gesetz in zentralistisch planwirtschaftlicher Manier ausschließt, wird nicht dazu führen, dass sich das bald ändert. An Ideen und funktionierenden ausländischen Systemen, die Vorbild sein könnten, mangelt es nicht.

Die jüngst veröffentlichte Umfrage von „Perspektive Deutschland“, einer Initiative unter der Schirmherrschaft von Lothar Späth, geht übrigens davon aus, dass 70 Prozent der Bürger – Schüler, Studenten und Eltern mit Kindern in der Ausbildung – bereit wären, eigenes Kapital in ein Hochschulstudium zu

investieren, wenn dafür zinsgünstige Kredite zur Verfügung ständen. Über 80 Prozent der Befürworter wollen, dass dieses Geld in bessere Betreuung und bessere Ausstattung der Hochschulen investiert wird.

Jetzt bleibt abzuwarten, ob der Bundesrat dem Gesetz zustimmt. Bayern und Baden-Württemberg haben schon mit dem Gang nach Karlsruhe gedroht. Hochschulpolitik sei schließlich Ländersache. Auch das ist sicherlich unbestreitbar.



*„Ohne Stipendien- und Darlehenssysteme sind Studiengebühren selbstverständlich nicht zu tolerieren.“*

Detlef Müller-Böling

Detlef Müller-Böling ist Leiter des CHE Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh.